



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

UPOV

CAJ/II/8

ORIGINAL: englisch

DATUM: 20. November 1978

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENEVE

VERWALTUNGS- UND RECHTSAUSSCHUSS

Zweite Tagung

Genf, 15. bis 17. November 1978

BERICHTSENTWURF

vom Verbandsbüro vorbereitet

Eröffnung der Tagung

1. Die zweite Tagung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses (nachstehend als "Ausschuss" bezeichnet) fand vom 15. bis 17. November 1978 in Genf statt. Alle Verbandsstaaten waren vertreten. Von den eingeladenen Nichtverbandsstaaten waren Irland, Kanada und Spanien durch Beobachter vertreten. Die Teilnehmerliste ist als Anlage I diesem Dokument beigelegt.
2. Die Tagung wurde von Dr. D. Böringer (Bundesrepublik Deutschland), dem Vorsitzenden des Ausschusses, eröffnet, der die Teilnehmer willkommen hiess.

Annahme der Tagesordnung

3. Der Ausschuss nahm einstimmig die Tagesordnung in der Fassung des Dokuments CAJ/II/1 an, nachdem er beschlossen hatte, auch die folgenden Fragen zu behandeln:
 - i) Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften (Dokument CAJ/II/6), entsprechend der vom Rat während seiner vierten ausserordentlichen Tagung geäusserten Bitte;
 - ii) UPOV-Musterformblatt für die Übermittlung von Prüfungsergebnissen (Dokument CAJ/II/5);
 - iii) Bericht über die Erörterungen des Technischen Ausschusses während dessen zwölfter Tagung zur Zusammenarbeit bei der Prüfung;
 - iv) Gebühren, die im Zusammenhang mit der Prüfung von Sorten im Rahmen einer Zusammenarbeitsvereinbarung gezahlt werden;
 - v) Bericht über das erste subregionale Saatgut-Symposium der Andenpaktstaaten, das unter der Schirmherrschaft der Andengruppe vom 30. Oktober bis zum 3. November 1978 in Lima (Peru) stattgefunden hat.

Verhältnis zwischen dem Wettbewerbsrecht und dem Sortenschutz

4. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland führte Dokument CAJ/II/2 ein, das Bemerkungen aus den Verbandsstaaten zu den Besonderheiten der Lizenzen zur Herstellung von Vermehrungsmaterial im Vergleich zu Herstellungslizenzen auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums enthält. Nach einer eingehenden Erörterung einigte sich der Ausschuss auf die Erwägungen, die in Anlage II zu diesem Dokument wiedergegeben sind. Er kam ferner überein, dass die Wiedergabe dieser Erwägungen nützlich sein könnte, um auf nationaler Ebene die Lizenzen für die Herstellung von Vermehrungsmaterial im Lichte des Wettbewerbsrechts zu beurteilen.

Harmonisierung von Amtsblättern für Sortenschutz

5. Die Erörterung stützte sich auf die Dokumente CAJ/I/5 und CAJ/II/3. Es wurde festgestellt, dass die Amtsblätter für Sortenschutz unterschiedlicher Natur seien: in einigen Verbandsstaaten seien es Dokumente von rechtlicher Bedeutung, die nach dem nationalen Recht vorgeschriebene Bekanntmachungen enthielten, während in anderen Staaten ähnliche Bekanntmachungen zwar auch enthalten seien, jedoch nur zu Informationszwecken. Während volles Einverständnis darüber bestand, dass es der wesentliche Zweck eines nationalen Amtsblatts sei, die Öffentlichkeit im Inland zu unterrichten, wurde jedoch gleicherweise anerkannt, dass die in dem Amtsblatt enthaltenen Informationen auch ausserhalb der Landesgrenzen benötigt würden. Die Behörden der Verbandsstaaten seien im besonderen Masse an den in allen Amtsblättern enthaltenen Informationen interessiert. Es bestand daher Einverständnis darüber, dass es notwendig sei, den Aufbau der Amtsblätter zu vereinheitlichen, wobei den Notwendigkeiten der nationalen Gesetze besondere Aufmerksamkeit zu widmen sei.

6. Der Ausschuss einigte sich auf sechs Hauptkapitel, die in der Anlage III zu diesem Dokument wiedergegeben sind. Sie sollten in allen Amtsblättern erscheinen (sofern zu veröffentliche Informationen vorlägen) und sollten die Nummern I bis VI erhalten, und zwar mit einem Vermerk, dass die Numerierung innerhalb der UPOV vereinbart und vereinheitlicht worden sei. Die in jedem Hauptkapitel zu veröffentliche Information sollte weiterhin in Tabellen aufgenommen werden, deren Nummern und Überschriften von jedem Staat gemäss seinem nationalen Recht und der nationalen Praxis bestimmt würden. Die Anlage III gibt an, was in jedem Kapitel veröffentlicht werden sollte. Die Informationspunkte, die von diesem Kapitel nicht erfasst werden, würden in zusätzliche Kapitel aufzunehmen sein, deren Numerierung fakultativ wäre. Schliesslich beschloss der Ausschuss, den Rat zu bitten, eine Empfehlung auszusprechen, dass die Staaten die Anlage III zu diesem Dokument anwenden.

7. In Anerkennung des Wertes und der Brauchbarkeit des in Anlage I zu Dokument CAJ/I/5 wiedergegebenen Entwurfs eines UPOV-Musteramtsblatts beschloss der Ausschuss, das Verbandsbüro solle diesen Entwurf entsprechend den oben wiedergegebenen Entscheidungen überprüfen und dem Ausschuss während der nächsten Tagung eine revidierte Fassung vorlegen. Das UPOV-Musteramtsblatt sollte sodann veröffentlicht werden und zunächst einmal als eine Richtschnur für solche Staaten dienen, die mit der Veröffentlichung eines Amtsblatts für Sortenschutz oder eines neuen Amtsblattstyps beginnen, darunter insbesondere neue Verbandsstaaten.

8. Es wurde die Frage gestellt, in welcher Reihenfolge die einzelnen Gattungen und Arten in den nationalen Amtsblättern aufzuführen seien. Die französische Delegation schlug vor, eine UPOV-Richtschnur aufzustellen. Nachdem einige Angaben über die in einigen Verbandsstaaten angenommene Reihenfolge gemacht wurden, beschloss der Ausschuss, die Erörterung über diese Frage zu vertagen.

Langfristige Entwicklung des Verbands

9. Es wurde darauf hingewiesen, dass im neuen Wortlaut des Übereinkommens, wie er von der Diplomatischen Konferenz am 23. Oktober 1978 angenommen worden ist, eine Reihe von Bestimmungen flexibler gestaltet werden mussten, um den besonderen Schwierigkeiten bestimmter Staaten, die sich dem Verband anschliessen möchten, Rechnung zu tragen. Es wurde die Ansicht ausgesprochen, dass irgendwann in der Zukunft eine noch grössere Flexibilität erforderlich werden könnte, um das Übereinkommen für noch weitere Staaten zu öffnen. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass das Recht der Verbandsstaaten bereits jetzt Unterschiede in einigen grundlegenden Punkten aufweise, besonders in den Fällen, in denen das Übereinkommen nur eine Minimalregelung enthalte. Es wurde in Erinnerung gebracht, dass es die Absicht der Verfasser des Übereinkommens gewesen sei, die mit dem Schutz von Pflanzenzüchtungen zusammenhängenden Fragen auf einheitliche Weise zu lösen, und es wurde aus diesem Grund vorgeschlagen zu überlegen, ob nicht eine grössere Übereinstimmung, als sie von allen Verbandsstaaten angestrebt werden könnte, von einigen von ihnen verwirklicht werden sollte, falls notwendig durch Abschluss von besonderen Vereinbarungen gemäss Artikel 29 des Übereinkommens.

10. In der sich anschliessenden Erörterung wurde festgestellt, dass folgendes ins Auge gefasst werden könnte:

i) Eine Vereinbarung zwischen wenigstens einigen Verbandsstaaten über einen oder mehrere der folgenden Punkte: Liste der schutzfähigen Arten; Inländerbehandlung ohne Reziprozität; Erweiterung des Schutzzumfangs in bestimmten Fällen, beispielsweise beim Verkauf von Jungpflanzen; Bestimmung der Neuheit; Schutzdauer; Sortenbezeichnung; Gebühren (Arten und Höhe); Amtsblätter für Sortenschutz;

ii) Schaffung eines Systems, nach dem eine in einem Staat eingereichte Schutzrechtsanmeldung die Wirkung einer Anmeldung in den anderen Staaten, die dem System angehören, haben würde. (Jeder Staat würde weiterhin eigene Schutzrechte erteilen);

iii) Abschluss einer besonderen Vereinbarung zwischen bestimmten Verbandsstaaten, wonach das in einem Verbandsstaat gewährte Schutzrecht auch in den anderen Verbandsstaaten Wirkung haben würde.

11. Der Ausschuss nahm von den verschiedenen Möglichkeiten mit grossem Interesse Kenntnis und kam überein, diese im einzelnen zu prüfen. Es wurde deshalb vereinbart, den Rat zu bitten, dem Ausschuss den Auftrag zu erteilen, die Erörterung dieser Frage fortzusetzen. Das Verbandsbüro solle für die Erörterungen ein Dokument ausarbeiten.

12. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit Rücksicht auf die Wechselwirkungen der administrativen, rechtlichen und technischen Punkte innerhalb dieses Fragenkomplexes der Technische Ausschuss sich an den Erörterungen beteiligen solle, wann immer dies notwendig sei. Es sollten gemeinsame Sitzungen unter der Federführung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses stattfinden. In diesem Zusammenhang wurde in Erinnerung gebracht, dass der Technische Ausschuss während seiner zwölften Tagung beschlossen habe, die Fragen der regionalen Prüfung und der Annahme von Prüfungsberichten, die in anderen Staaten erstellt worden seien, am 14. November 1979 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss zu untersuchen.

Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften (EG)

13. Die Erörterungen stützten sich sowohl auf Dokument CAJ/II/6 als auch auf die früheren Diskussionen über die künftige Entwicklung des Verbands. Die UPOV-Verbandsstaaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften sind, betonten ihr grosses Interesse an einer Teilnahme an den Arbeiten zur künftigen Entwicklung des Verbands im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit und sprachen die Hoffnung aus, dass die UPOV die notwendigen Initiativen in die Wege leite, damit diese und andere Fragen weiterhin innerhalb der UPOV geprüft würden, wo nicht die Gefahr bestehe, dass sie von den Erörterungen oder von den beschlossenen Regelungen ausgeschlossen würden. Sie betonten insbesondere, dass, falls eine Vereinbarung im Sinne des Artikels 29 des Übereinkommens geschlossen würde, diese jedem UPOV-Verbandsstaat offenstehen sollte, der seine Bestimmungen anwenden könnte.

14. Der Ausschuss erörterte auf der Grundlage von Dokument CAJ/II/6, ob es erwünscht sei, eine Arbeitsvereinbarung mit den Europäischen Gemeinschaften abzuschliessen. Er schlug vor, dass die Frage weiter im Beratenden Ausschuss erörtert werden sollte.

Zweiseitige Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Prüfung

15. Die Erörterungen stützten sich auf den Entwurf Nr. 1 des Dokuments C/XII/7. Der Vorsitzende brachte in Erinnerung, dass die Verbandsstaaten eingeladen worden seien, das Verbandsbüro ständig über jede neue zweiseitige Vereinbarung zu unterrichten, die abgeschlossen würde, sowie auch über jede Erweiterung einer bereits abgeschlossenen Vereinbarung. Der Ausschuss billigte den Entwurf und genehmigte seine Verteilung als Dokument C/XII/7.

Gebühren, die in Verbindung mit der Prüfung von Sorten im Rahmen einer Zusammenarbeitsvereinbarung zu zahlen sind

16. Nachdem berichtet worden war, dass in einigen Verbandsstaaten die Regeln über die Gebühren, die in Verbindung mit der Prüfung von Sorten im Rahmen einer Zusammenarbeitsvereinbarung (siehe die Resolution über Gebührenfragen (Dokument C/VII/23) und die UPOV-Mustervereinbarung für die internationale Zusammenarbeit bei der Prüfung von Sorten (Dokument C/IX/12, Anlage II)) zu gewissen Schwierigkeiten geführt hätten, kam der Ausschuss überein, den gesamten Fragenkomplex erneut zu erörtern. Die Verbandsstaaten wurden gebeten, dem Verbandsbüro zu diesem Zweck bis Ende Januar 1979 die folgenden Informationen zur Verfügung zu stellen:

i) eine vollständige Tabelle der Gebühren, die in Verbindung mit dem Sortenschutz zu entrichten sind (und wo angezeigt auch der Gebühren, die in Verbindung mit dem nationalen Listenverfahren zu entrichten sind);

ii) eine ins einzelne gehende Beschreibung der Gebühren, die im Rahmen einer Zusammenarbeit bei der Prüfung zu entrichten sind (insbesondere in den Fällen, in denen in einem Staat ein Prüfungsbericht, der in einem anderen Staat bereits ausgearbeitet oder in Bearbeitung war, übernommen wird und in denen ein anderer Staat gebeten worden war, die Prüfung durchzuführen).

17. Nach Eingang der im vorstehenden Absatz erwähnten Informationen soll das Verbandsbüro eine synoptische Darstellung der Lage ausarbeiten.

18. Der Ausschuss entschied schliesslich, dass zur Vorbereitung der Erörterung ein Sachverständigentreffen (ein Sachverständiger aus jedem Verbandsstaat) am 23. April 1979, beginnend um 14 Uhr, stattfinden soll.

UPOV-Musterformblatt für die Übermittlung von Prüfungsergebnissen

19. Die Erörterungen stützten sich auf Dokument CAJ/II/5. Die Mehrheit der Delegationen erkannte die Nützlichkeit des Musterformblatts für die Übermittlung von Prüfungsergebnissen an und sprach sich für ein Formblatt aus, das knapper gefasst ist als das Formblatt in der Anlage I zu Dokument CAJ/II/5. Der Ausschuss bat das Verbandsbüro, einen neuen Vorschlag auf der Grundlage dieser Anlage vorzulegen.

20. In diesem Zusammenhang führte die niederländische Delegation den Vorschlag für ein weiteres Musterformblatt ein, der als Anlage IV diesem Dokument beigelegt ist. Der Ausschuss beschloss, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Tagung zu setzen. Die Delegation der Niederlande wurde gebeten, eine ins einzelne gehende Lösung des zu lösenden Problems vorzulegen.

Bericht über das Subregionale Saatgut-Symposium der Andenpakt-Staaten

21. Der Stellvertretende Generalsekretär berichtete über das erste Subregionale Saatgut-Symposium der Andenpakt-Staaten, das unter der Schirmherrschaft der Andengruppe vom 30. Oktober bis zum 3. November 1978 in Lima (Peru) stattgefunden habe und an dem er und Dr. Böringer (Bundesrepublik Deutschland) teilgenommen hätten. Er erwähnte, dass Dr. Böringer einen Vortrag gehalten habe, in dem er unter anderem die technischen und rechtlichen Gesichtspunkte des Schutzes neuer Pflanzensorten nach dem UPOV-Übereinkommen und die Bedeutung des Sortenschutzes für den Saatgut-handel dargestellt habe. Der Stellvertretende Generalsekretär berichtete ferner, dass in einem Treffen mit dem derzeitigen Koordinator der Junta der Andengruppe, der der höchste Vertreter dieser Organisation sei, vereinbart worden sei, die guten Beziehungen zwischen der UPOV und der Andengruppe auf eine förmlichere Grundlage zu stellen, indem zwischen den Verwaltungsspitzen ein Briefwechsel stattfindet, durch den eine Zusammenarbeit vereinbart würde.

Organisation der künftigen Arbeit des Ausschusses - Programm für die nächste Tagung

22. Der Ausschuss nahm von dem Beschluss des Beratenden Ausschusses, den dieser auf der siebzehnten Tagung gefasst habe, Kenntnis, dass die künftige Arbeit aller Ausschüsse und auch des Rates selbst sorgfältig geplant werden sollte, um eine möglichst wirkungsvolle Nutzung der Sitzungszeit zu gewährleisten (siehe Dokument CC/XVII/6, Absatz 16). Der Ausschuss stimmte dem Beratenden Ausschuss in vollem Umfange zu, zumal er eine Reihe wichtiger und umfangreicher Fragen, wie die künftige Entwicklung des Verbands und die Ausarbeitung eines Mustergesetzes über Sortenschutz, in verhältnismässig kurzen Sitzungen zu lösen habe.

23. Zu der nächsten Tagung, die am 24. und 25. April 1979 stattfinden soll, kam der Ausschuss vorbehaltlich der Entscheidungen des zuständigen Organs im Dezember 1978 überein, dass folgende Punkte auf die Tagesordnung gesetzt werden sollten: künftige Entwicklung des Verbands (einschliesslich, falls notwendig, der Frage der Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften); UPOV-Musteramtsblatt für Sortenschutz; Gebühren, die in Verbindung mit der Prüfung von Sorten nach einer Zusammenarbeitsvereinbarung zu entrichten sind (die Erörterungen sollen durch ein Sachverständigentreffen am 23. April 1979 vorbereitet werden); UPOV-Musterformblatt für die Übermittlung von Prüfungsberichten; Musterformblatt für die Bezeichnung eines Musters der Sorte; Verschiedenes. Der Ausschuss schloss nicht den Punkt "Bericht der Vertreter der Verbandsstaaten über den Abschluss zweiseitiger Vereinbarungen für die Zusammenarbeit bei der Prüfung" ein, da erwartet werden könne, dass jeder Verbandsstaat das Verbandsbüro über den Abschluss oder die Ausdehnung einer zweiseitigen Vereinbarung weiterhin unterrichten werden.

LIST OF PARTICIPANTS/LISTE DES PARTICIPANTS/TEILNEHMERLISTE

I. MEMBER STATES/ETATS MEMBRES/VERBANDSSTAATENBELGIUM/BELGIQUE/BELGIEN

M. R. D'HOOGH, Ingénieur agronome principal, Chef de service au Ministère de l'agriculture, 36, rue de Stassart, 1050 Bruxelles

DENMARK/DANEMARK/DÄNEMARK

Mr. F. RASMUSSEN, Director, Plantenyhedsnaevnet, Tystofte, 4230 Skaelskør

Mr. F. ESPENHAIN, Administrative Officer, Plantenyhedsnaevnet, Tystofte, 4230 Skaelskør

FRANCE/FRANKREICH

M. B. LACLAVIERE, Secrétaire général du Comité de la protection des obtentions végétales, 11, rue Jean Nicot, 75007 Paris

Mlle N. BUSTIN, Comité de la protection des obtentions végétales, 11, rue Jean Nicot, 75007 Paris

M. J. BROSSIER, INRA/GEVES, Domaine d'Olonne, Les Vignères, B.P. 1, 84300 Cavaillon

GERMANY (FED. REP. OF)/ALLEMAGNE (REP. FED. D')/DEUTSCHLAND (BUNDESREPUBLIK)

Dr. D. BÖRINGER, Präsident, Bundessortenamt, Bemeroder Rathausplatz 1, 3000 Hannover 72

Mr. H. KUNHARDT, Leitender Regierungsdirektor, Bundessortenamt, Bemeroder Rathausplatz 1, 3000 Hannover 72

Dr. A. MÜHLEN, 1. Sekretär, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, 28D, Chemin du Petit-Saconnex, 1211 Genf 19

ITALY/ITALIE/ITALIEN

M. A. SINAGRA, Professeur Université - Magistrat du Tribunal, Bureau du Délégué aux accords pour la propriété intellectuelle, Ministère des affaires étrangères, Rome

NETHERLANDS/PAYS-BAS/NIEDERLANDE

Mr. K.A. FIKKERT, Legal Advisor, Ministry of Agriculture and Fisheries, Bezuidenhoutseweg 73, The Hague

Mr. A.W.A.M. VAN DER MEEREN, Board for Plant Breeders' Rights, P.B. 104, 6700 AC Wageningen

Mr. R. DUYVENDAK, RIVRO, Postbus 32, 6700 AA Wageningen

Mr. F. SCHNEIDER, RIVRO, c/o IVT, P.B. 16, 6140 Wageningen

SOUTH AFRICA/AFRIQUE DU SUD/SÜDAFRIKA

M. J.A. THOMAS, Conseiller agricole, Ambassade d'Afrique du Sud, 59, Quai d'Orsay, 75007 Paris

SWEDEN/SUEDE/SCHWEDEN

Mr. O. SVENSSON, Head of Office, National Plant Variety Board, 17173 Solna

SWITZERLAND/SUISSE/SCHWEIZ

Mr. W. GFELLER, juristischer Beamter, Abteilung für Landwirtschaft, Büro für Sortenschutz, Mattenhofstrasse 5, 3003 Bern

UNITED KINGDOM/ROYAUME-UNI/VEREINIGTES KÖNIGREICH

Miss E.V. THORNTON, Deputy Controller, Plant Variety Rights Office, White House Lane, Huntingdon Road, Cambridge CB3 0LE

II. OBSERVERS/OBSERVATEURS/OBEBACHTERCANADA/KANADA

Miss F.I. LEMON, Seeds Section, Plant Products Division, Neatby Building, Carling Ave., Ottawa, Ontario, K1A 0C6

Mr. M.R. LEIR, Third Secretary, Canadian Permanent Mission, 10A Av. de Budé, 1202 Geneva

IRELAND/IRLANDE/IRLAND

Miss B.M. O'CONNELL, Principal Officer, Department of Agriculture, 61, Braemor Rd., Dublin 14

Mr. D. HICKEY, Assistant Principal, Agriculture House, Kildare Street, Dublin 2

Mr. D. FEELEY, Agricultural Inspector, Department of Agriculture, Dublin 2

SPAIN/ESPAGNE/SPANIEN

Mr. R. FRIAS, Instituto Nacional de Semillas y Plantas de Vivero, Carretera de la Coruña, Km. 7,5, Madrid 35

III. OFFICER/BUREAU/VORSITZ

Dr. D. BÖRINGER, Chairman

IV. OFFICE OF UPOV/BUREAU DE L'UPOV/BÜRO DER UPOV

Dr. A. BOGSCH, Secretary-General

Dr. H. MAST, Vice Secretary-General

Dr. M.-H. THIELE-WITTIG, Senior Technical Officer

Mr. A. WHEELER, Legal Officer

Mr. A. HEITZ, Administrative and Technical Officer

[Annex II follows;
l'annexe II suit;
Anlage II folgt]

ERWÄGUNGEN ZUR BEURTEILUNG VON VERMEHRUNGSLIZENZEN
IM HINBLICK AUF WETTBEWERBSRECHTLICHE FRAGEN

Zur Frage, inwieweit Vermehrungslizenzen für Saat- und Pflanzgut in ihren sachlichen Grundlagen den allgemeinen Herstellungslizenzen gleichzusetzen sind, ist folgendes zu erwägen:

I. Die Erzeugung von Saat- und Pflanzgut bietet aufgrund ihrer biologischen Gegebenheiten ganz allgemein bestimmte Besonderheiten gegenüber der Herstellung gewerblicher Erzeugnisse. Bei der Herstellung von Erzeugnissen, die dem gewerblichen Rechtsschutz unterliegen, sind im allgemeinen folgende Voraussetzungen gegeben:

a) Es steht eine Lehre zum technischen Handeln (die offenbarte Erfindung) zur Verfügung. Diese ist so beschrieben, dass jeder Fachmann mit durchschnittlichen Kenntnissen den in der Lehre wiedergegebenen Erfindungsgedanken nachvollziehen und den betreffenden Gegenstand beliebig reproduzieren kann. Nur die Berechtigung zur Anwendung dieser technischen Lehre ist üblicherweise Gegenstand der Vertragsbeziehungen zwischen Erfinder und Hersteller.

b) Die für die Herstellung des Gegenstandes benötigten Ausgangsmaterialien (z.B. Metalle, chemische Rohstoffe) sind im Regelfall bei verschiedenen, voneinander unabhängigen Lieferanten in gleichartiger Beschaffenheit beliebig verfügbar. Die Beschaffung dieser Ausgangsmaterialien setzt keine irgendwie geartete Beziehung zwischen Erfinder und Hersteller voraus.

c) Wird von verschiedenen Herstellern die zu a) erwähnte Lehre angewandt und werden die gleichen zu b) erwähnten Ausgangsmaterialien benutzt, so werden die Erzeugnisse dieser Hersteller unabhängig vom Standort des Produktionsbetriebes und von den sonstigen Produktionsbedingungen sachlich identisch sein. Es handelt sich somit trotz der voneinander unabhängigen Herstellungsprozesse um die gleiche Ware. Aus diesem Grunde ist der Schluss gerechtfertigt, dass ausschliessliche Herstellungslizenzen den Handel mit diesen Erzeugnissen beeinträchtigen können.

II. Keine der vorgenannten Voraussetzungen liegt bei der Vermehrung von Saat- und Pflanzgut, bei dem es sich um botanische Materie handelt, vor.

a) Ausgangsmaterial für die Erzeugung von Saat- und Pflanzgut einer Sorte (also die Vermehrung) ist ein Pflanzenbestand oder sind mehrere Pflanzenbestände mit bestimmten genetisch bedingten morphologischen und physiologischen Merkmalen. Die Erzeugung weiterer Pflanzen mit den entsprechenden Merkmalen ist nur durch Weitervererbung dieser Merkmale durch Vermehrung der Pflanzen des Pflanzenbestandes möglich. Die Produktion von Pflanzenbeständen mit bestimmten Merkmalen kann daher nicht in einer technischen Lehre beschrieben werden, die es einem anderen Fachmann ermöglichen würde, mit anderem Pflanzenmaterial als dem des betreffenden Pflanzenbestands Pflanzen zu erzeugen, die den Merkmalen der Sorte entsprechen. Der Prozess der Herstellung von Pflanzen mit bestimmten Merkmalen ist also für Dritte ohne Besitz des sortentypischen Ausgangsmaterials nicht wiederholbar.

b) Auch wenn ein Erzeuger von Saat- oder Pflanzgut (Vermehrer) Pflanzenmaterial der Sorte in Besitz bekommt, bedeutet dies nicht, dass er nunmehr durch Weitervermehrung dieses Ausgangsmaterials beliebig Saat- oder Pflanzgut der betreffenden Sorte produzieren könnte. Dazu muss man sich bewusst machen, dass jede Vermehrung von Pflanzenmaterial nicht einfach ein mechanischer Herstellungsprozess ist, sondern ein Erbgang im biologischen Sinne. Die Merkmalskombination einer Zuchtsorte ist das Ergebnis einer langwierigen Züchtungsarbeit, bei der durch verschiedene Zuchtmethoden (z.B. Kreuzung, Rückkreuzung, künstliche Mutationsauslösung, stets verbunden mit strengen Ausleseverfahren und Nachkommenschaftsprüfungen) bestimmte Erbfaktoren in eine Sorte hineingezüchtet wurden. Den biologischen Gegebenheiten entsprechend bleibt eine Sorte aber nicht über beliebig viele Erbgänge (Vermehrungen) mit all ihren Pflanzen in ihrer Merkmalskombination stabil, sondern neigt zu bestimmten Veränderungen. Die wichtigsten sind folgende:

- i) Durch genetisch bedingte Aufspaltungen und Mutationen erwachsen Pflanzen, die in ihren Merkmalen mit den für die Sorte festgelegten Merkmalen nicht übereinstimmen. Hierdurch verliert die Sorte ihre Homogenität. Die Homogenität (d.h. die Übereinstimmung aller Pflanzen einer Sorte in ihren Merkmalen, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Arten) ist aber eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Sorte überhaupt in ihrer Identität definieren zu können und daran rechtliche Folgerungen (Sortenschutz, Zulassung zu Sortenkatalogen, Saatgutzertifizierung) knüpfen zu können. Ein Pflanzenbestand, dessen Pflanzen im genannten Sinne nicht gleich sind, ist überhaupt keine "Sorte", ihr Saat- und Pflanzgut ist keine für den Anbau brauchbare Ware. Aus diesem Grunde ist sowohl nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c des UPOV-Übereinkommens als auch nach Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften über einen Gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten und Artikel 4 der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften über den Verkehr mit Gemüsesaatgut die Homogenität als eine der Voraussetzungen für die Schutzerteilung und auch für die Zulassung zu den Sortenkatalogen vorgeschrieben.
- ii) Bei den meisten Arten neigen die Sorten dazu, sich von Vermehrung zu Vermehrung zu verändern, d.h. der Pflanzenbestand "verschiebt" sich. Eine Sorte entspricht dann nach ihren aufeinanderfolgenden Vermehrungen in ihren morphologischen und physiologischen Merkmalen nicht mehr der vom Züchter ursprünglich bestimmten und auch bei der Erteilung des Sortenschutzes oder bei der Zulassung zu einem Sortenkatalog festgelegten Ausprägung. Damit ist die Sorte nicht mehr beständig. Durch diese Veränderung entsteht ein anderer Pflanzenbestand. Bei dem Saat- oder Pflanzgut handelt es sich dann somit nicht mehr um Saat- und Pflanzgut dieser Sorte, sondern um eine andere Ware. Deshalb gehört nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d des UPOV-Übereinkommens und den genannten Bestimmungen der Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften auch die Beständigkeit zu den Voraussetzungen des Schutzes bzw. der Zulassung.

Um die vorgenannten Veränderungen zu vermeiden, muss die Sorte (z.B. bei Hybriden oder synthetischen Sorten auch einschliesslich ihrer Erbkomponenten) fortlaufend erhaltungszüchterisch bearbeitet werden. Die Erhaltung der Sorte enthält stets wesentliche Elemente der Ursprungszüchtung (Ausmerzungen von sogenannten Auskreuzungen, Mutationen, mechanischen Vermischungen, kranken Pflanzen). Diese erhaltungszüchterische Tätigkeit und das daraus resultierende Ergebnis ist den zuständigen Behörden nach Artikel 10 Absatz 2 des UPOV-Übereinkommens, Artikel 11 bzw. 12 der o.a. Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften ständig nachzuweisen. Wird die Sorte nicht in ihrer ursprünglichen Ausprägung erhalten, wird der Sortenschutz bzw. die Zulassung der Sorte aufgehoben.

c) Selbst wenn ein Vermehrer ständig Saat- oder Pflanzgut zur Verfügung hätte, das einen sortenechten und sortenreinen Aufwuchs ermöglichen würde, wäre damit noch nicht sichergestellt, dass das Ergebnis seiner Vermehrung zu sortenechtem und sortenreinem Saat- oder Pflanzgut der Sorte führen würde. Das Ergebnis der Vermehrung kann durch folgende weitere Faktoren beeinflusst werden:

- i) Saat- und Pflanzgut ist eine lebende Materie, die nicht wie eine andere Ware beliebig aufbewahrt werden kann, sondern durch geeignete Massnahmen am Leben erhalten werden muss. Dabei können ungeeignete Massnahmen (bestimmte chemische oder physikalische Einflüsse) zu genetischen Veränderungen auch am Saat- und Pflanzgut führen, so dass dieses, obwohl es ursprünglich sortenecht und sortenrein war, zu einem nicht sortenechten und nicht sortenreinen Aufwuchs führt.
- ii) Als lebende Materie sind Pflanzen stark dem Befall mit Schadorganismen ausgesetzt. Dieser kann durch Faktoren bedingt sein, die der Vermehrer nicht beeinflussen kann (Klima, Standort, umgebende Kultur- und Wildpflanzen, allgemeiner Infektionsdruck im Anbaugebiet). Krankheiten können durch das Saat- und Pflanzgut - oft zunächst unerkannt - übertragen werden. Sie verursachen bei den Abnehmern des Saat- und Pflanzguts (den Anbauern) erhebliche wirtschaftliche Schäden.
- iii) Sorten vieler Arten können nur sortenecht und sortenrein erhalten werden, wenn während der Vermehrung keine Befruchtung durch andere Pflanzen aus der Umgebung eintritt, da sonst ungewollte und unkontrollierbare Einkreuzungen entstehen, die die Sorte verändern. Es muss daher sichergestellt werden, dass Vermehrungen nur dort durchgeführt werden, wo derartige Einflüsse, die vom Vermehrer nicht immer kontrollierbar sind, ausgeschlossen sind.

III. Unter Berücksichtigung des oben Ausgeführten sind als Besonderheiten der Vermehrung gegenüber der Herstellung gewerblicher Erzeugnisse folgende Faktoren festzuhalten:

- i) Die in der Züchtung einer Sorte liegende Innovation ist nicht mit der Hervorbringung eines bestimmten Pflanzenbestandes abgeschlossen, sondern bedarf wegen der botanischen Materie der ständigen züchterischen Bearbeitung der Sorte.
- ii) Jede Vermehrung ist Teil dieser Erhaltung. Fehlentwicklungen bei der Vermehrung können die Sorte oder wesentliche Teile davon verändern und damit die Verfügbarkeit von sortenechtem und sortenreinem Saat- und Pflanzgut wesentlich beeinträchtigen oder ganz verhindern.
- iii) Dem Saat- und Pflanzgut können Fehler der oben erläuterten Art nicht selbst angesehen werden, da es sich im wesentlichen um genetische Mängel handelt. Der Verbraucher von Saat- und Pflanzgut (Anbauer) hat deshalb keine Möglichkeit, die Eigenschaften und Qualitäten des Saat- und Pflanzguts an Hand einer bestimmten Partie zu beurteilen. Die Mängel zeigen sich erst am Aufwuchs aus dem Saat- und Pflanzgut. Dann ist der Schaden für den Anbauer aber bereits unabänderbar eingetreten.
- iv) Der Züchter hat als für die Sorte Verantwortlicher für deren Erhaltung zu garantieren. Das ist entsprechend den obengenannten internationalen Rechtsgrundlagen im nationalen Sortenschutz- und Saatgutrecht der einzelnen Staaten ausdrücklich festgelegt. Mängel in der Erhaltung der Sorte gehen zu seinen Lasten, da das Schutzrecht bzw. die Zulassung zu einem Sortenkatalog in diesem Falle aufgehoben werden können. Dies wird im Regelfall auch nachteilig für die Verbraucher von Saat- und Pflanzgut sein. Der Züchter kann die ihm im Verbraucherinteresse auferlegte Verpflichtung zur Sortenerhaltung nur dann wirklich erfüllen und dafür garantieren, wenn er den entscheidenden Einfluss auf die Vermehrung der Sorte behält. Er muss abschliessend bestimmen und kontrollieren können, unter welchen Bedingungen seine Sorte vermehrt wird.
- v) Die biologisch bedingten Besonderheiten der Züchtung, einschliesslich des Erfordernisses der ständigen Erhaltungszüchtung, waren der Hauptgrund dafür, dass sich die für gewerbliche Erzeugnisse geltenden Regelungen des Patentrechts allgemein als untauglich erwiesen haben, ein Züchterrecht zu gewähren, so dass es erforderlich wurde, ein besonderes Züchterrecht einzuführen.
- vi) Aus den vorgenannten Gründen sollte dem Züchter die Möglichkeit bleiben, durch die Vergabe ausschliesslicher Vermehrungslizenzen die Vermehrung abschliessend zu kontrollieren und auf bestimmte Betriebe zu beschränken. Dies sollte auch dann gelten, wenn an sich eine grössere Anzahl gleich geeigneter Betriebe zur Verfügung steht, es dem Züchter aber wirtschaftlich nicht zumutbar ist, ein Kontrollsystem einzurichten, das sich auf eine Mehrzahl von Vermehrungsbetrieben erstreckt.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für Herstellungslizenzen für gewerbliche Erzeugnisse einerseits und für Vermehrungslizenzen andererseits wesentliche Unterschiede aufweisen. Diese Unterschiede sollten bei der wettbewerbsrechtlichen Beurteilung von Saat- und Pflanzgut sorgfältig in Betracht gezogen werden.

[Anlage III folgt]

AMTSBLÄTTER FÜR SORTENSCHUTZ

HAUPTKAPITEL

Beschlossen vom Verwaltungs- und Rechtsausschuss während
seiner zweiten Tagung (15. bis 17. November 1978)

Die folgenden Hauptkapitel sollten in den Amtsblättern für Sortenschutz aller Verbandsstaaten erscheinen und ihre Überschriften sollten, wenigstens von Zeit zu Zeit, in die drei Amtssprachen der UPOV übersetzt werden.

I.* Anmeldung

Soll Informationen über Schutzrechtsanmeldungen und gegebenenfalls über Anmeldungen auf vorläufigen Schutz oder auf Eintragung in das niederländische Sortenregister nach Artikel 18 Absatz 2 des [niederländischen] Gesetzes enthalten.

II.* Sortenbezeichnungen

Soll Informationen über vorgeschlagene Sortenbezeichnungen, über genehmigte Sortenbezeichnungen (wo zutreffend) und über Änderungen der Sortenbezeichnungen vor (wo zutreffend) und nach der Schutzrechtserteilung enthalten.

III.* Zurücknahme von Anmeldungen

Soll Informationen über die Zurücknahme von Anmeldungen jeder Art, gemäss Kapitel I oben, enthalten.

IV.* Entscheidungen

Soll Informationen über in Aussicht gestellte Entscheidungen (wo zutreffend) und über Entscheidungen enthalten, die zu Anmeldungen jeder Art, gemäss Kapitel I oben, getroffen werden, nämlich:

i) Entscheidungen, durch die einer Anmeldung stattgegeben wird (z.B. Schutzrechtserteilung, Anordnung von vorläufigem Schutz, Eintragung in das niederländische Sortenregister);

ii) Entscheidungen, durch die eine Anmeldung zurückgewiesen wird.

V.* Änderungen zur Person des Anmelders oder des Schutzrechtsinhabers

Soll Informationen über Änderungen zur Person des Anmelders oder des Schutzrechtsinhabers und, wo zutreffend, zur Person des Vertreters enthalten.

VI.* Beendigung des Schutzes

Soll Informationen über den Verzicht auf das Schutzrecht, den Ablauf der Schutzdauer, die Aufhebung und die Nichtigerklärung des Schutzrechts enthalten.

Weitere Kapitel würden entweder die Nummern VII, VIII ff. ohne Hinweis auf die Anmerkung erhalten oder sie würden auf andere Weise als durch römische Ziffern gekennzeichnet oder ohne jede Kennzeichnung aufgeführt werden.

[Anlage IV folgt]

* Die Numerierung ist in allen Amtsblättern zu verwenden; sie ist mit einer Anmerkung zu versehen, in der der Leser darauf hingewiesen wird, dass die Numerierung auf einer Vereinheitlichung innerhalb der UPOV beruht.

ANLAGE IV

MUSTERFORMBLATT FÜR DIE BEZEICHNUNG DER PROBE DER SORTE
von der niederländischen Delegation vorgeschlagen

ERKLÄRUNG ZUR BEZEICHNUNG EINER IDENTITÄTSPROBE

Der Unterzeichnete.....

erklärt hiermit, dass er die Identitätsprobe, die



sich auf die Anmeldung bezieht, die in.....(Land)
 unter der Nummer..... behandelt wird,



sich auf die Anmeldung bezogen hat, die in.....(Land)
 unter der Nummer..... behandelt wurde,

als die Identitätsprobe der Sorte.....
 der Art.....bezeichnet, für die die
 Anmeldung unter Nummer.....in.....(Land)
 eingereicht wurde.

.....19

(Ort und Datum)

.....

(Unterschrift)



zutreffendes Feld bitte anstreichen.